

Spannungsfelder zwischen Demokratie und Repräsentation

Es gibt zahlreiche Diagnosen zur gegenwärtigen Krise der „liberalen Demokratie“. Beispiele sind die Behauptung, dass die Exekutive wichtiger als eine dysfunktionale Legislative wird, der Autoritarismus an Boden gewinnt oder sich Bürger*innen nicht (mehr) adäquat repräsentiert sehen (Diehl 2016) und deswegen beispielsweise politische Kandidat*innen aus dem Spektrum des Populismus, Extremismus oder Autoritarismus wählen (Levitsky/Ziblatt 2018). Weitere Varianten basieren auf der These, dass wir in einer Postdemokratie leben oder darauf zusteuern (Crouch 2008; 2021), dass die Demokratie erodiert, nur noch simuliert wird oder sich auf dem Rückzug beziehungsweise in Auflösung befindet (Calhoun/Parameshwar Gaonkar/Taylor 2024; Selk 2024; Schäfer/Zürn 2022; Manow 2020; Blühdorn 2013). Trotz ihrer Unterschiedlichkeit – etwa bei der Beurteilung der liberalen Demokratietheorie – eint viele dieser Krisendiagnosen die Annahme, dass dies zu einem großen Teil auch eine Krise der politischen Repräsentation ist, indem eine zu große „Distanz“ zwischen Wählenden und Gewählten entstanden sei. Das betrifft etwa die ökonomischen Verhältnisse, die Lebensrealität, die Herkunft, den durchschnittlichen Bildungsgrad etc. Salopp formuliert, kann man daraus den Allgemeinplatz lesen, Politiker*innen seien abgehoben und repräsentierten nicht die Wählerschaft, sondern nur eigene Interessen oder die von einflussreichen – lies: finanziell reichen – Lobbys. In der Tat ist etwa der Deutsche Bundestag besetzt mit hochbezahlten, überdurchschnittlich vielen weißen und akademisierten Menschen, die obendrein noch und mehrheitlich männlich sind, was nicht die gesamtgesellschaftliche Vielfalt proportional widerspiegelt, wodurch das elitäre Element der politischen Repräsentation überbetont wird.

Im Folgenden sollen daher die konzeptuellen Unterschiede verschiedener Repräsentationstypen – insbesondere der deskriptiven und distinktiven Repräsentation – und ihr Bezug zur Demokratie beleuchtet werden, um sich dem Problem der Repräsentationskrise anzunähern.

Dr. Philip Dingeldey ist einer von zwei Bundesgeschäftsführer*innen der Humanistischen Union und hauptamtlicher Redakteur der **vorgänge**. Dingeldey hat in Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt promoviert. Seine Forschungsinteressen sind Demokratietheorie, Rechtstheorie und -philosophie, kritische Theorie, Republikanismus, Liberalismus, ökologisches politisches Denken und politische Ideengeschichte. Zuletzt von ihm erschienen: *Von unmittelbarer Demokratie zur Repräsentation. Eine Ideengeschichte der großen bürgerlichen Revolutionen* (Transcript: Bielefeld 2022).

Dieser Artikel steht nur in der Kaufversion der Zeitschrift *vorgänge* zur Verfügung. Sie können das Heft im [Online-Shop der Humanistischen Union](#) erwerben: die Druckausgabe für 14.- € zzgl. Versand, die PDF-/Online-Version für 5.- €.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-252/publikation/spannungsfelder-zwischen-demokratie-und-repraesentation/>

Abgerufen am: 17.10.2026